

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 188 (2022)
Heft: 1-2

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

US ARMY EUROPE AND AFRICA

Reaktivierung des 56. Artilleriekommandos

Die US Army will ihre Feuerführung und damit verbundene Koordination in Europa wieder hochfahren. Dazu wurde das 56. Artilleriekommando am Standort Mainz-Kastel in Deutschland reaktiviert. Kommandant des Verbandes ist Generalmajor Stephen J. Maranian. Dazu meinte der Zweisternegeneral anlässlich der Feierlichkeiten anfangs November, «die Reaktivierung des 56. Artilleriekommandos wird die US Army Europe and Africa mit bedeutenden Fähigkeiten für Multi-Domain-Operationen ausstatten». Seine Einheit steht in langer Tradition, wurde während des Zweiten Weltkriegs gegründet,



Zeremonie zur Reaktivierung in Wiesbaden. Bild: US Army Photo

war zuletzt von 1986 bis 1991 das Pershing-Nuklearraketen Hauptquartier Westeuropas und mit der Unterzeichnung der INF-Verträge Anfang der 90er-Jahre ausser Dienst gestellt. Russland und die USA sistierten unterdessen die Verträge. Die Reaktivierung ist deshalb Teil eines grösseren Projekts: Die USA wollen fähig sein, auf mögliche Aktionen von China und Russland reagieren zu können. Entsprechend versteht sich die Einheit

als eigentliche Multi-Domain Task Force, erst die zweite ihrer Art. Ihr Fokus wird auf Landoperationen liegen, mit Unterstützungselementen aus sämtlichen Operationssphären (Luft, Nachrichtendienst, Cyber, Elektronische Kriegsführung und Weltraum). Ihr Hauptauftrag: Koordination von Boden-Boden-Langstreckeneinsätzen im eigenen Einsatzraum. Dies dürfte eine direkte Reaktion auf das INF-Dilemma sein, denn Russ-

land hat seither wieder Atomsprenkkräfte an seinen Westgrenzen vorpositioniert. Zwar hat NATO-Generalsekretär Stoltenberg als Antwort auf diese Bedrohung erklärt, er wolle kein Wettrüsten in Europa, und «schon gar nicht auf die gleiche Weise antworten». Es ist aber anzunehmen, dass die USA schon bald eigene ballistische Hyperschallwaffen und Raketen mit grosser Reichweite in Deutschland und Europa aufstellen. Erfahrungsgemäss dürfte dies Proteste diverser NATO-Länder mit sich bringen. Denn viele sind nicht bereit, Atomwaffen auf ihrem Hoheitsgebiet zu dulden. Die USA wollen dieses Problem jedoch einfach lösen: Die Sprengkräfte sollen mitsamt den dazugehörigen Truppen rotieren und damit den Anschein erwecken, es handele sich nicht um eine permanente Truppenverlegung.

EUROPÄISCHE UNION

Unabhängigkeit von den USA

Die EU emanzipiert sich. Bis 2025 will Brüssel eine schnelle Eingreiftruppe aufstellen, die ohne Hilfe aus den Vereinigten Staaten auskommen soll. Mit 5000 Soldaten soll es ab dann gelingen, in Krisenregionen und Konfliktgebieten autonom eingreifen zu können. Ein Konzeptpapier sieht vor, eine «EU Rapid Deployment Capacity» bestehend aus See-, Luft- und Landkomponenten ad hoc so aufzustellen, dass diese je nach Auftragsform und -gebiet selbständig – oder eingebettet in die regulären Kräfte vor Ort – zum Einsatz gelangen kann. Bis März liegen konkrete Pläne für die Ausgestaltung dieser Truppe vor. Das Konzept geht auf zwei Jahrzehnte alte Pläne zu einer «EU Battle Group» zurück. Ursprünglich waren dafür rund

50 000 bis 60 000 Soldaten vorgesehen. Mangels politischen Willens blieb es aber bei Lippenbekenntnissen. Auch als später eine EU-Armee in kleinen Task Forces mit bis zu 1500 Personen eingesetzt werden sollte, ging nichts vom Fleck. Entsprechend ist sich Josep Borrell als EU-Aussenminister sicher: «Wir brauchen mehr Schnelligkeit, grosse Robustheit und hohe Flexibilität, um das gesamte Spektrum militärischer Krisenbewältigungsaufgaben wahrnehmen zu können.» Deshalb will er die Truppengrösse zu damals auch um den Faktor 10 reduzieren. So soll das, was der Europäischen Union bisher fehlt, bald Realität werden.

Dem ganzen Projekt wurde denn auch die Etikette «Strategiekompass» angeheftet. Womit die EU ihre Mitgliedstaaten verpflichten will, «zugehörige Mittel und die notwendigen strategischen Voraussetzungen bereitzustellen», so Borrell. Wie das konkret aussieht, ist noch



Zeitstrahl «Strategiekompass». Bild: European Union External Action

unklar. Allein, die Logistik und der länderübergreifende strategische Lufttransport mitsamt der globalen Command-and-Control-Fähigkeit müssten von Grund auf neu konzipiert werden. Aktuell verlassen sich nämlich sämtliche europäischen NATO-Mitglieder ausschliesslich auf die USA, wenn es darauf ankommen sollte. Immerhin gibt Borrell bekannt, dass derzeit 60 europäische Grossprojekte anstehen, um die benötigten Fähigkeitslücken zu schliessen. Der stellvertretende Generalsekretär für Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), Charles Fries, meinte dazu, dass der Plan

zwar sportlich sei, aber mittels «sehr pragmatischen Schritten» durchaus erreichbar. Dabei werden nicht alle EU-Länder zum Mitmachen verpflichtet, doch die Kosten sollen gerecht verteilt werden. Kollektiv sollten zumindest der Treibstoff und die Munition während Übungen übernommen werden. Auch, so das entsprechende EAD-Papier, sollen Einsätze von allen Mitgliedstaaten abgesegnet werden. Die Ausführungshoheit und Entscheidungsautonomie liegen hingegen der-einst bei der Truppe selbst. Ziel des Strategiekompass ist, bereits ab 2023 mit gemeinsamen «Rapid Deployment Capacity»-Trainings zu beginnen.

NORDMAZEDONIEN

Vollintegriertes NATO-Mitglied?

Ende März 2020 wurde die Republik Nordmazedonien offiziell 30. NATO-Mitglied. Per Mitte November 2021 war der lange Integrationsprozess also vollendet. Das Land hat unterdessen seine Streitkräfte gänzlich mit den Zielen und Vorgaben des Verteidigungsbundes in Einklang gebracht. Der Abschluss des Prozesses dieser militärischen Zusammenführung in die NATO-Strukturen sei ein Beweis für das Engagement des Verteidigungsministeriums und der Armee der Republik Nordmazedonien für die Erfüllung der gemeinsam gesetzten Ziele, die durch die Transformationsprozesse in den beiden Organisationsstrukturen stattfinden würden, schreibt der nordmazedonische Generalstab. Ob dies dem Land endlich die dringend notwendige Beständigkeit bringen wird, bleibt fraglich. Erst anfangs November trat Premierminister Zoran Zaev aufgrund schlechter Lokalwahlergebnisse zurück, erklärte dabei aber im Amt zu bleiben «bis eine gewisse politische Stabilität eintritt». Gleichzeitig meinte Aussenminister Bujar Osmani, dass die Allianz der balkanischen NATO-Länder, bestehend aus der Republik Nordmazedonien,

Albanien und Montenegro, Garant für den Frieden in Bosnien und Herzegowina wären. Dort droht eine Abspaltung des serbischen Teils, der von Serbien und Russland unterstützt wird. Zudem konnte der ewig währende Sprachkonflikt mit Nachbarin Bulgarien am Westbalkan-Gipfel im September nur scheinbar gelöst werden. Bulgarien beansprucht die Sprachhoheit für das auch in der Republik Nordmazedonien gebrauchte Ostsüdslawisch. Dort will man aber nichts davon wissen, bloss einen bulgarischen Dialekt zu sprechen. Dilemma: Bulgarien blockierte 2020 per Veto den Antrag auf EU-Aufnahme aus Skopje. Das Land musste erst vor zwei Jahren seinen Namen – infolge Streitigkeiten mit Griechenland – ändern. 30 Jahre nach seiner Loslösung von Jugoslawien und Erlangung der Unabhängigkeit bleibt also vieles ungelöst. Immerhin, so der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell, könnte die Frage um die EU-Mitgliedschaft von Nordmazedonien (zusammen mit Albanien) den entscheidenden Treiber für eine langfristige Versöhnung auf dem gesamten Balkan bringen. Borrell geht davon aus, dass damit Anreize für Serbien und Kosovo geschaffen werden, die dann möglicherweise einen direkten Effekt auf die Bosnienfrage hätten, womit «der Weg zur Lösung all dieser unerschwelligen Konflikte geebnet würde».



Jubiläumsparade in Skopje. Bild: Radio Free Europe

USA / NORDKOREA

USA verhängen Sanktionen gegen Nordkorea

Nach den jüngsten Raketenstarts Nordkoreas haben die USA Sanktionen gegen fünf Staatsbürger des ostasiatischen Landes verhängt. Sie seien verantwortlich für das Beschaffen von Gütern für die nordkoreanischen Massenvernichtungswaffen- und Raketenprogramme. Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Linda Thomas-Greenfield, erklärte zudem, dass die USA «zusätzliche UN-Sanktionen vorschlagen» wollten.

Zur Art der UN-Sanktionen machte die Botschafterin jedoch keine Angaben. US-Diplomatenkreisen zufolge will sie vorschlagen, hochrangige Beamte des Finanz- und Aussenministeriums in Pjöngjang auf die UN-Sanktionsliste aufzunehmen. Dafür müsste der Vorschlag von den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats einstimmig beschlossen werden. Zuletzt konnten die USA 2017 Sanktionen gegen Pjöngjang im Sicherheitsrat durchsetzen.

Die bereits angekündigten Sanktionen der USA selbst richten sich gegen einen in Russland lebenden Nordkoreaner, der Güter für Nordkoreas Zweite Akademie für Naturwissenschaften besorgt haben soll, und vier in China ansässige nordkoreanische Vertreter von Unterorganisationen der Akademie. Die USA hatten die Akademie wegen einer Beteiligung an den nordkoreanischen Waffenprogrammen bereits 2010 auf eine Sanktionsliste gesetzt.

Mit den Sanktionen wird mögliches Vermögen der Betroffenen in den USA eingefroren, US-Bürgern werden jegliche Transaktionen mit ihnen verboten. Ausserdem können

Sanktionen gegen Ausländer oder ausländische Institutionen verhängt werden, die Transaktionen mit den Betroffenen vornehmen. Nordkorea hatte zuletzt diese und vergangene Woche zwei Raketenstarts vorgenommen. Nach Angaben Pjöngjangs handelte es sich dabei um Hyperschall-Raketen.

Dem kommunistischen Land sind Tests von Raketen und Atomwaffen nach einer Resolution des UN-Sicherheitsrats untersagt. Verhandlungen mit dem



Dieses Bild von einem Raketenstart veröffentlichten Nordkoreas Staatsmedien. Bild: KCNA

Ziel, Nordkorea zu einem Verzicht auf eine atomare Rüstung zu bewegen, sind bislang gescheitert.

Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat anlässlich des zweiten Raketenstarts binnen einer Woche einen weiteren Ausbau der militärischen Fähigkeiten seines Landes angekündigt. Nordkorea müsse «die Anstrengungen zum kontinuierlichen Aufbau der strategischen militärischen Stärke des Landes» weiter beschleunigen und die Armee weiter modernisieren, erklärte Kim laut einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA. Zuvor hatte Pjöngjang den Raketenstart bestätigt und erklärt, es habe sich um eine Hyperschall-Rakete gehandelt.

JAPAN / AUSTRALIEN

Einfachere Waffenlieferungen

Japan und Australien wollen einander künftig militärisch schneller beistehen und einfacher Waffen und Ausrüstung liefern. Der Grund ist klar: Chinas vermeintliche Expansionsbestrebungen im Indopazifik sollen in die Schranken gewiesen werden. Aus der Volksrepublik kommt Kritik und ein Friedensversprechen.

Japan und Australien rücken mit Blick auf das wachsende Machtstreben Chinas in der Region militärisch enger zusammen. Die Regierungschefs der beiden Bündnispartner der USA, Fumio Kishida und Scott Morrison, unterzeichneten ein Abkommen zur Erleichterung gemeinsamer Manöver. Dazu

gehört die schnellere Entsendung von Personal sowie eine Lockerung der Restriktionen beim Transport von Waffen und Ausrüstung für Übungen und Kriseneinsätze bei Naturkatastrophen. Das «Reciprocal Access Agreement» entspricht einem Abkommen, das Japan bislang nur mit seiner Schutzmacht USA hatte.

Die engere Militärkooperation mit Australien erfolgt auch angesichts des militärisch stärkeren Auftretens Chinas in der Region. China sieht das Verteidigungsabkommen zwischen Japan und Australien kritisch. Ausenamtssprecher Wang Wenbin sagte schon am Vortag in Peking laut einer Stellungnahme, Kooperation zwischen Staaten sollte Vertrauen und Verständnis unter den Ländern in der Region verstärken und Frieden und Stabilität wahren, «anstatt auf eine dritte Partei abzielen oder deren Interessen zu unter-

graben». Frieden und Stabilität im Pazifik hängen von gemeinsamen Bemühungen der Länder der Region ab, sagte Wang Wenbin. «Wir hoffen, dass der Pazifik ein Ozean des Friedens sein wird und kein Ort, um Wellen zu machen.»

«Dies ist ein wegweisendes Abkommen, das die Sicherheitszusammenarbeit zwischen Japan und Australien auf ein neues Niveau heben wird», sagte Kishida bei der Unterzeichnung. Japan und Australien zählen zur sogenannten Quad-Gruppe, zu der auch die USA und Indien gehören. Die vier Länder wollen ihr Engagement im Indopazifik ausbauen und damit China die Stirn bieten. Mit Indopazifik ist eine Region vom Indischen bis zum Pazifischen Ozean gemeint.

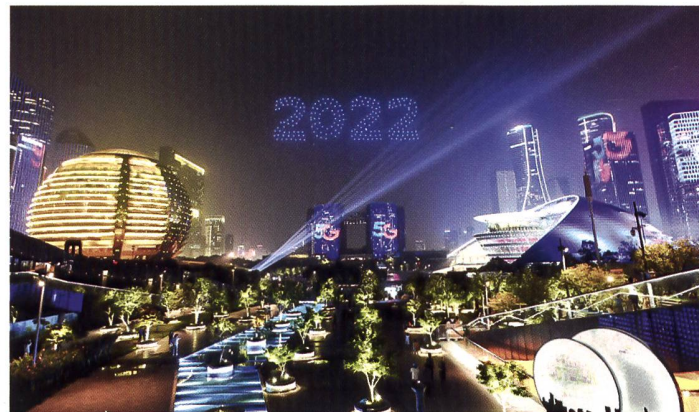
Auch andere Staaten sind besorgt über Chinas Handelspraktiken und den chinesischen Expansionsdrang im Indopazifik.

So hat Japans Regierungschef Kishida jüngst seine Absicht unterstrichen, die Beziehungen auch mit anderen demokratischen Ländern zu stärken. Seit Oktober verhandelt Japan mit Grossbritannien über ein ähnliches Abkommen wie mit Australien. Daneben arbeitet Chinas Nachbar bereits mit Frankreich enger im Sicherheitsbereich zusammen und will auch die Kooperation mit Deutschland stärken. Im November legte erstmals seit rund 20 Jahren ein deutsches Marineschiff in Japan an. Deutschland will sich so für Frieden und Stabilität im Indopazifik einsetzen. Dieses Jahr kommt zudem die deutsche Luftwaffe zu einem Kurzbesuch nach Japan.

CHINA

Wie China die Welt bestimmt

Dass Chinas Bedeutung 2022 nicht abnimmt, darf als ausgemacht gelten. Doch in welcher Weise wird China prägend sein? Wird die chinesische Wirtschaft sich erholen? Wird China Taiwan angreifen? Werden Unterdrückung und Völkermord in Xinjiang enden? Die Liste solcher Fragen ist lang und die Weltgemeinschaft täte gut daran, mögliche Antwortenszenarien durchzuspielen und ihre Wahrscheinlichkeit abzuwägen. In diesem Jahr hat die Kommunistische Partei ihren 100. Geburtstag gefeiert und diesen Anlass genutzt, die Zivilgesellschaft im Land weiter zu «disziplinieren»: Mittlerweile ist im Reich des Staatspräsidenten Xi Jinping vom Computerspiel bis



Neujahr in China. Bild: Zhejiang Daily

zum Theater alles in seinem Sinne gleichgeschaltet. Wer nicht im Sinne Xis männlich genug ist, bekommt ein Problem. Wer zu lange Computerspiele zockt, bekommt ein Problem.

Auch geopolitisch ist mit einer Machtdemonstration zu rechnen. Selbst ein Boykott der Spiele würde Peking wahrscheinlich von nichts abhalten. Immerhin würden Länder, die sich von Olympischen Spielen im Unrechtsstaat China dis-

tanzieren, nicht noch am Ring durch die Manege geführt, sollte sich Peking zu einem drastischen Schritt im zeitlichen Umfeld des Sportwettbewerbs entscheiden. Peking hat bereits Ländern, die die Spiele boykottieren, Konsequenzen angedroht.

Xi dürfte im Jahr 2022 die Zusammenarbeit mit Wladimir Putins Regime in Moskau intensivieren. Beide Länder halten gemeinsame militärische Übungen ab, die Machthaber

stützen sich gegenseitig. So erklärte der Kremlchef jüngst, dass Taiwan ein Teil Chinas und der Anspruch Pekings auf die Insel gerechtfertigt sei. Die russische Armee bildet die chinesische aus, die, anders als die russische, keine aktuelle Erfahrung mit dem Einmarsch in andere Länder hat. Seit dem Überfall auf Tibet hat sich viel getan. Umgekehrt steht zu erwarten, dass die Diktatur in Peking einen möglichen Einmarsch Russlands in die Ukraine als Russlands legitimes Recht unterstützen würde.

Viele Militär-Experten gehen davon aus, dass Chinas Armee erst in einigen, wenigen Jahren in der Lage sein wird, Taiwan zu erobern. Bis es so weit ist, wird Peking versuchen, seine Zermürbungsstrategie fortzusetzen und das Land zu isolieren. Taiwan musste so viele Provokationen der chinesischen Armee, Verletzungen ihrer Luftsicherheitszone, hinnehmen, wie nie zuvor.

Taiwan konnte sich dennoch, wie die anderen west-pazifischen Staaten, in diesem Jahr festigen. Neue U-Boote, die neben Taipeh auch von Indien und Australien bestellt wurden, sollen Chinas imperiale Ansprüche zurückdrängen. Die Volksrepublik streitet über Grenzverläufe und Inseln mit Indien, den Philippinen, Taiwan, Südkorea und Japan. Auch hier steht für das Jahr 2022 eine Zuspitzung zu erwarten. Bereits seit März 2021 halten chinesische Milizen Inseln besetzt, die zu den Philippinen gehören.

Mit der Haftstrafe für den Hongkonger Medienunternehmer Jimmy Lai dürfte das Regime in Peking endgültig seine Macht über die ehemals halb-autonome Handelsmetropole Hongkong zementiert haben. Lai hatte eine Mahnwache für

die Opfer des Massakers angehalten, das die Kommunistische Partei an den eigenen Landsleuten im Jahr 1989 in Peking angerichtet hat. Solche Mahnwachen waren in Hongkong bis vor kurzem erlaubt. Nun greift Peking durch, denn auf dem Festland ist es schon lange bei heftiger Strafe verboten, über das Morden auf dem Platz des Himmlischen Friedens zu sprechen.

Auch gegenüber den Handelspartnern, den Teilnehmerländern der neuen Seidenstrasse, zeigt sich Peking strenger. China verlangt von diesen Ländern Unterstützung in den internationalen Foren und generell in der Aussenpolitik. Wer nicht mitmacht, wird ausgeschlossen – siehe Litauen. Mit dieser Lage müsste sich die Geopolitik auseinandersetzen.

GEOPOLITIK

USA bei Militärausgaben einsame Spitze

Die USA haben 2020 knapp dreimal so viel Geld für Verteidigung ausgegeben wie ihre Rivalen China und Russland zusammen. Trotz der Corona-Pandemie erreichen Militärbudgets weltweit neue Rekordstände, so eine Studie.

Mit 738 Milliarden US-Dollar lag das Budget des grössten NATO-Landes fast viermal höher als das von China (193,3 Mrd. Dollar) und mehr als zwölfmal höher als das von Russland (60,6 Mrd. Dollar). Damit entfielen rund 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben auf die USA. Das geht aus einer Rangliste des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) hervor.

Unter den europäischen NATO-Ländern war laut IISS zuletzt Grossbritannien mit Verteidigungsausgaben in Hö-

he von 61,5 Milliarden US-Dollar die Nummer eins. Es folgen Frankreich mit 55 Milliarden Dollar und Deutschland mit 51,3 Milliarden Dollar.

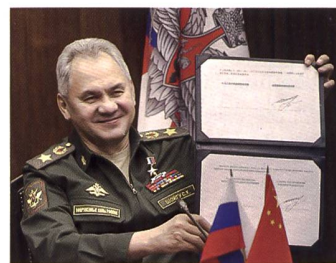
IISS-Experten warnen allerdings davor, die Zahlen als Argument zu nehmen, bei den Verteidigungsausgaben in Europa wieder auf die Bremse zu treten. Ihnen zufolge erhält Russland dank anderer Kostenstrukturen vergleichsweise viel Schlagkraft aus dem investierten Geld.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie haben sich 2020 laut IISS noch nicht in bemerkenswertem Ausmass in den Investitionen in Rüstung und Militär niedergeschlagen. Weltweit hätten die Verteidigungsausgaben im vergangenen Jahr mit 1,83 Billionen Dollar einen neuen Höchststand erreicht, hiess es. Allein China habe rund 5,2 Prozent mehr für Verteidigung ausgegeben als im Vorjahr. Zum Vergleich: Die gesamten Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Staaten stiegen laut IISS-Zahlen 2020 um rund zwei Prozent.

RUSSLAND

Militärische Beziehung zu China gefestigt

Im November unterzeichneten Russland und China ein Abkommen, das die zukünftige militärische Zusammenarbeit bis 2025 regelt. Es bestehe ein übergeordnetes Interesse beider Länder, sich gemeinsam enger um ihre sicherheitspolitischen Herausforderungen zu kümmern. «China und Russland sind seit vielen Jahren strategische Part-



Verteidigungsminister Shoigu mit dem Vertrag.

Bild: Russisches Verteidigungsministerium

ner und heute, unter den Bedingungen zunehmender geopolitischer Turbulenzen und wachsenden Konfliktpotenzials in verschiedenen Teilen der Welt, ist die Entwicklung unserer Zusammenarbeit besonders wichtig», erklärte der russische Verteidigungsminister Shoigu. Er gab zu bedenken, dass bei Militärübungen der NATO und USA unterdessen strategische Bomber den Einsatz von Atomwaffen in 20 Kilometer Entfernung zur russischen Grenze trainierten, im Osten sowie im Westen. Zudem sind für Moskau die stetig zunehmenden US-Bomberflüge über dem Ochotskischen Meer ein grosser Grund zur Sorge. Entsprechend, so Shoigu, muss «in einem solchen Umfeld die russisch-chinesische Koordination zu einem stabilisierenden Faktor in globalen Angelegenheiten werden». Sein chinesisches Pendant, Verteidigungsminister Wei, war deshalb voll

des Lobes und begrüsst es, dass Russland «dem Druck und den militärischen Drohungen der USA erfolgreich entgegentritt». Bereits am Tag nach der Unterzeichnung flogen russische Tu-95 und chinesische Xian H-6 Bomber gemeinsame Patrouillen über dem Japanischen und Ostchinesischen Meer. Diese verstärkte Zusammenarbeit sollte als Reaktion auf die vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland verstanden werden und sind mitunter auch ein Signal für die in jüngster Zeit anti-chinesischen Ressentiments aus den USA und Europa. Aus Peking hiess es dazu, dass China bereit ist, gemeinsam mit seinem russischen Partner eine grössere Rolle bei der Sicherung des Weltfriedens und der globalen Stabilität zu übernehmen. Der Unterzeichnung des Abkommens gingen Gespräche der beiden Ministerpräsidenten voraus. Russlands Premier Mischustin sieht die Zusammenarbeit denn auch als einzige Lösung angesichts des «immer komplexer werdenden äusseren Umfelds, das von Sanktionen, unfreundlichen Handlungen, unlauterem Wettbewerb und illegitimen, einseitigen Sanktionen sowie politischem und wirtschaftlichem Druck geprägt sei». Und gemeinsam mit Chinas Ministerpräsident Li Keqiang erklärte er, dass die nun besiegelte militärische Kooperation nur die logische Konsequenz aus der von Russland initiierten Eurasischen Wirtschaftsunion und der durch China vorangetriebenen Belt-and-Road-Initiative für eine «neue Seidenstrasse» sei.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider